



Neuer Anlauf im Fluglärmstreit

Politiker suchen geeinten Schweizer Auftritt –
Dokumente belegen Unnachgiebigkeit Deutschlands

BERN Im Fluglärmstreit gibt es Bewegung auf nationaler Ebene: Rund 20 Bundesparlamentarier haben in den vergangenen Wochen den «Arbeitskreis Flugverkehr» gegründet. Hauptanliegen der Gruppe ist es, den Streit mit Deutschland um die Anflüge auf den Zürcher Flughafen endlich zum nationalen Thema zu machen. Denn sowohl die Kantone als auch die Regierung in Baden-Württemberg haben formell nur beratende Kompetenz – die Lösung muss in Bern und Berlin gefunden werden. Der vierköpfige Vorstand der Gruppe besteht aus Nationalräten der grossen Bundesratsparteien: Präsident ist Filippo Leutenegger (FDP, ZH), weiter zeichnen Thomas Hurter (SVP, SH), Edith Graf-Litscher (SP, TG) und Esther Egger-Wyss (CVP, AG) verantwortlich.

Die Equipe will laut Leutenegger die «verkachelte Situation» im Fluglärm dossier lösen. Das Tauziehen mit Berlin um die Anflugsrechte auf den Zürcher Flughafen ist jedoch festgefahren; da wäre es bereits ein Quantensprung, wenn sich die Kantone untereinander auf einen gemeinsamen Nenner einigten – hier könnte die Herkunft der Gruppenmitglieder Abhilfe schaffen, stammt der Vor-

stand doch aus jenen Ständen, die unmittelbar vom Flugregime in Kloten betroffen sind.

Dementsprechend begrüssen Vertreter des Verkehrsdepartements die Initiative, namentlich das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl): «Wenn Parlamentarier in dieser Gruppe erwirken können, dass die betroffenen Kantone eine gemeinsame Linie vertreten, ist das sehr gut», sagt Bazl-Direktor Peter Müller.

Süddeutsche Politiker machen Druck in Berlin

Verkehrsministerin Doris Leuthard (CVP) will 2012 mit den Verhandlungen beginnen. Eine Gesprächsbasis mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) scheint allerdings noch weit entfernt: Der SonntagsZeitung liegt ein Brief des baden-württembergischen CDU-Landtagsabgeordneten Peter Hauk an Ramsauer vor, in dem er den «lieben Peter» ermahnt, bloss nicht auf die von der Schweiz anvisierte Paketlösung einzugehen und an den 80 000 Flugbewegungen festzuhalten. Die einseitige Verschärfung der Flugverordnung sei zwingend; insbesondere müsse sich die CDU hier wieder mehr profilieren. REZA RAFI